

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

16. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. März 1963

Nummer 26

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2005	12. 2. 1963	RdErl. d. Landesregierung Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz	257

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweis	Seite
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 11 v. 28. 2. 1963	268

I.

2005

Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz

RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 — I-16. 30

Die Landesregierung erläßt auf Grund des Art. 56 Abs. 2 der Landesverfassung folgende Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz:

Das Landesorganisationsgesetz regelt die allgemeine Stellung der Behörden und Einrichtungen des Landes im Gefüge der Landesverwaltung. Einschränkungen dieses umfassenden Geltungsbereichs ergeben sich aus der verfassungsrechtlich begründeten besonderen Stellung der obersten Landesbehörden, die vom Gesetz nicht behandelt wird, sowie aus den sachlichen und organisatorischen Besonderheiten der in § 1 Abs. 2 und 3 genannten Stellen, die das Gesetz ausdrücklich ausnimmt. Darüber hinaus gilt das Gesetz nicht für den Präsidenten des Landtags. Die dem Präsidenten des Landtags nach Art. 39 LV obliegende Landtagsverwaltung steht als Verwaltung besonderer Art außerhalb der „allgemeinen Landesverwaltung“ im Sinne des Art. 77 Satz 1 LV. Sie ist auf das Parlament bezogen und wird deshalb vom Gesetz auch ohne ausdrückliche Einschränkung des Geltungsbereichs nicht erfaßt. Das Gesetz legt ferner die Grundsätze für die Mitwirkung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Landesverwaltung fest. Es steckt schließlich den Rahmen ab, innerhalb dessen die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Bereich der mittelbaren Landesverwaltung tätig werden. Diese allgemeine Regelung fußt grundsätzlich auf den geltenden organisatorischen

Bestimmungen im einzelnen, die nur in einigen Punkten ergänzt werden.

Zur Ausführung des Gesetzes wird im einzelnen folgendes bestimmt:

1. Zu § 2:

Landesbehörden sind nach dem bei Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Recht nur die in § 3, § 6 Abs. 2, § 7 Abs. 2 und § 9 Abs. 2 aufgeführten Dienststellen. Diese Kataloge sollen bei späteren Änderungen auf dem laufenden gehalten werden. Wenn daher in landesrechtlichen Vorschriften nach Inkrafttreten des Gesetzes von Landesbehörden die Rede ist, so sind nur diese gemeint.

Die bei Inkrafttreten des Gesetzes geltenden landesrechtlichen Vorschriften müssen jedoch gemäß § 24 ihrem Sinn nach daraufhin geprüft werden, ob die dort für Behörden (auch Landesbehörden, Verwaltungsbehörden oder ähnliche Bezeichnungen) getroffenen Bestimmungen auch für solche Dienststellen gelten, die nach § 14 des Gesetzes Einrichtungen des Landes sind. Dies wird im Zweifel der Fall sein. Ebenso wird im Zweifel davon auszugehen sein, daß dort, wo in bei Inkrafttreten des Gesetzes geltenden landesrechtlichen Vorschriften von Dienststellen (auch Stellen oder ähnliche Bezeichnungen) die Rede ist, Behörden und Einrichtungen des Landes gemeint sind.

§ 24 ist nicht anwendbar auf bundesrechtliche Vorschriften, die Bestimmungen über Dienststellen und Behörden enthalten. Soweit sich solche Regelungen auf den Bereich der Landesverwaltung erstrecken, wird jedoch ebenfalls im Zweifel davon auszugehen sein, daß hierunter Behörden und Einrichtungen des Landes zu verstehen sind.

Anlage 1**2. Zu § 7 Abs. 4:**

Die den Landesmittelbehörden auf Grund besonderer Vorschriften übertragenen Aufgaben im Bezirk anderer Landesmittelbehörden sind in der Anlage 1 aufgeführt.

3. Zu § 8 Abs. 1:

Soweit es die Aufgabe des Regierungspräsidenten, als allgemeiner Vertreter der Landesregierung die Entwicklung auf allen Lebensbereichen in seinem Bezirk zu beobachten und den zuständigen obersten Landesbehörden darüber zu berichten, erfordert, kann er sich bei allen Landesmittelbehörden und unteren Landesbehörden seines Bezirks auch dann, wenn sie seiner Aufsicht nicht unterstehen, unterrichten. Diese Behörden sind dem Regierungspräsidenten, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, zur Auskunft verpflichtet.

Der Regierungspräsident vertritt die Landesregierung bei Veranstaltungen von bezirklicher Bedeutung, soweit diese Aufgabe nicht nach Nr. 4 des Runderlasses des Innenministers v. 18. 4. 1955 (MBI. NW. S. 717 SMBI. NW. 20023) einem Minister, einem Staatssekretär oder dem Chef einer anderen Landesmittelbehörde obliegt.

4. Zu § 8 Abs. 2:

Ein negativer Kompetenzkonflikt zwischen Landesbehörden ist durch die subsidiäre Allzuständigkeit des Regierungspräsidenten ausgeschlossen. Damit ist sichergestellt, daß die Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten nicht lediglich deshalb unterbleibt, weil sich keine Landesbehörde für zuständig hält. Wird der Regierungspräsident allein auf Grund des § 8 Abs. 2 tätig, so hat er hierüber der obersten Fachaufsichtsbehörde zu berichten.

5. Zu § 9 Abs. 2:

Der Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde wird vor den übrigen unteren Landesbehörden aufgeführt, weil ihm nach § 49 Abs. 1 LKrO Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Landesverwaltung im Landkreis obliegen. Er hat danach dem Regierungspräsidenten über alle Vorgänge zu berichten, die für die Landesregierung von Bedeutung sind. Er kann sich zu diesem Zweck bei den Behörden und Einrichtungen des Landes im Landkreis in geeigneter Weise unterrichten. Diese sind, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, zur Auskunft verpflichtet.

6. Zu § 9 Abs. 3:

Die unteren Landesbehörden auf Grund besonderer Vorschriften übertragenen Aufgaben im Bezirk anderer unterer Landesbehörden sind in der Anlage 2 aufgeführt.

Anlage 2**7. Zu § 11:**

Die Vorschriften über die Dienst- und Fachaufsicht betreffen nur die Landesbehörden und erstrecken sich, wie sich aus § 11 i. Verb. mit § 1 Abs. 1 ergibt, nicht auf den kommunalen Bereich.

8. Zu § 12 Abs. 1:

Besteht die Behörde wie im Falle der Organleihe beim Oberkreisdirektor als untere staatliche Verwaltungsbehörde nur aus einer Person (§ 49 LKrO), so beschränkt sich die Dienstaufsicht auf diese. Entsprechendes gilt im Falle des Schulamtes (§ 18 Abs. 2, § 19 des Schulverwaltungsgesetzes). Die Bereitstellung von Dienstkräften und Einrichtungen richtet sich in beiden Fällen nach den allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts (§ 50 LKrO) und beim Schulamt auch nach den besonderen Vorschriften des Schulverwaltungsgesetzes (z. B. § 18 Abs. 1 und 6).

Wegen der entsprechend gelagerten Verhältnisse bei den Direktoren der Landwirtschaftskammern als Landesbeauftragte (§ 7 Abs. 2) und der Geschäftsführer der Kreisstellen der Landwirtschaftskammern als Landesbeauftragte im Kreise (§ 9 Abs. 2) wird auf §§ 18 und 24 des Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern in der Fassung des § 29 LOG verwiesen.

9. Zu § 13 Abs. 3:

Die in dieser Vorschrift erwähnten Mittel der Fachaufsicht stehen der Fachaufsichtsbehörde in jedem Falle zu. Sind ihr weitergehende Befugnisse durch Rechtsvorschrift eingeräumt oder bestehen spezielle Regelungen über die nähere Ausgestaltung einzelner Befugnisse der Fachaufsicht, so bleiben diese Rechtsvorschriften unberührt. Aus der Stufenfolge der Fachaufsicht ergibt sich im übrigen, daß grundsätzlich zunächst die unmittelbaren Fachaufsichtsbehörden zu Eingriffen berechtigt und verpflichtet sind. Hinsichtlich des Seibsteintritts der Aufsichtsbehörde ist zu beachten, daß diese Befugnis, von weitergehenden spezialgesetzlichen Regelungen abgesehen, nur bei Gefahr im Verzuge gegeben ist.

10. Zu § 14 Abs. 1:

Dienststellen des Landes, die nicht unter den Vorbehalt des § 1 Abs. 2 des Gesetzes fallen und nicht in den Katalogen der Landesbehörden (§ 3, § 6, § 7 Abs. 2, § 9 Abs. 2) aufgeführt sind, gehören zu den Einrichtungen des Landes; die Aufzählung verschiedener Arten von Einrichtungen hat insoweit nur beispielhafte Bedeutung. Soweit die obersten Aufsichtsbehörden bisher ihre Dienst- und Fachaufsicht auf nachgeordnete Behörden übertragen haben, verbleibt es hierbei.

11. Zu § 16 Abs. 1:

Nach dem bei Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Recht führen Gemeinden und Landkreise Auftragsangelegenheiten — abgesehen von der hier nicht in Betracht kommenden Sonderregelung nach dem Lastenausgleichsgesetz — nach Art. 85 GG auf Grund folgender bundesrechtlicher Vorschriften durch:

- Behördliche Luftschutzmaßnahmen nach § 2 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBI. I S. 1696),
- Feststellung und Bewilligung der Leistungen zur Unterhaltssicherung nach § 17 des Unterhaltssicherungsgesetzes in der Fassung vom 31. Mai 1961 (BGBI. I S. 661),
- die Wahrnehmung der Aufgaben der Anforderungsbehörde nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Bundesleistungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1961 (BGBI. I S. 1769),
- die Mitwirkung am Vollzuge des Atomgesetzes vom 23. Dezember 1959 (BGBI. I S. 814) gemäß § 3 Nr. 1 und 2 der Zweiten Verordnung zur Ausführung des Atomgesetzes vom 11. Oktober 1960 (GV. NW. S. 339 SGV. NW. 75).

Die Fachaufsichtsbehörden sind bei der Durchführung dieser Gesetze auch dann befugt, Weisungen zu erteilen, wenn die zuständigen obersten Bundesbehörden (Art. 85 Abs. 3 GG) oder die sonst zuständigen Bundesbehörden (Art. 87 b Abs. 2 Satz 2 GG) keine Weisungen erteilt haben. Die Aufsichtsbehörden sollen jedoch allgemeine und besondere Weisungen nur erteilen, soweit dies im Interesse eines sachgerechten, reibungslosen und wirkungsvollen Aufgabenvollzugs notwendig ist.

Einzelweisungen nach Art. 84 Abs. 5 GG können bei der Durchführung von Bundesgesetzen durch Gemeinden und Gemeindeverbände in folgenden Fällen in Betracht kommen:

- § 4 des Gesetzes über das Paßwesen vom 4. März 1952 (BGBI. I S. 290),
- § 3 Abs. 2 des Flüchtlingsnotleistungsgesetzes vom 9. März 1953 (BGBI. I S. 45),
- § 4 Abs. 2 Nr. 2 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung vom 28. April 1955 (BGBI. I S. 193),
- § 15 Abs. 3 des Wehrpflichtgesetzes in der Fassung vom 25. Mai 1962 (BGBI. I S. 349),
- § 6 Abs. 1 Satz 2 des Bundesleistungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1961 (BGBI. I S. 1769),
- § 4 des Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 22. Dezember 1959 (BGBI. I S. 785) geändert durch Gesetz vom 25. Juni 1962 (BGBI. I S. 425).

g) § 65 Abs. 3 des Bundessozialhilfegesetzes vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815).

Die Aufsichtsbehörden können beim Vollzug dieser Gesetze Einzelweisungen nur insoweit erteilen, als sie erforderlich sind, um bestimmte Einzelweisungen der Bundesregierung, die ihnen grundsätzlich über die obersten Landesbehörden zugehen, gegenüber den in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbänden durchzusetzen.

12. Zu § 16 Abs. 2:

Dem eigenverantwortlichen Vollzug durch die Hauptverwaltungsbeamten obliegen zur Zeit die folgenden Aufgaben:

a) die Durchführung der behördlichen Luftschutzmaßnahmen nach § 2 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1696)

den Oberstadtdirektoren in den kreisfreien Städten, den Stadt- und Gemeindedirektoren in den amtsfreien Gemeinden und den Amtsdirektoren in den Ämtern;

b) die Feststellung und Bewilligung der Leistungen zur Unterhaltssicherung nach § 17 des Unterhaltssicherungsgesetzes in der Fassung vom 31. Mai 1961 (BGBl. I S. 661);

c) die Aufgaben auf dem Gebiete der Verteidigung einschließlich des Wehrsatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung nach § 5 Abs. 1 und § 79 Satz 1 des Bundesleistungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1769) in Verbindung mit § 1 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz vom 1. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1786)

den Oberstadtdirektoren in den kreisfreien Städten und den Oberkreisdirektoren in den Landkreisen.

Soweit im übrigen bundesgesetzliche Vorschriften über die Verteidigung noch nicht vorliegen, führen die Gemeinden und Gemeindeverbände Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung nach §§ 1 und 5 des Gesetzes über die Mitarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung vom 27. März 1962 (GV. NW. S. 125 / SGV. NW. 55) durch eine besonders zu bestimmende Stelle (§ 3) als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung durch. Es ist sicherzustellen, daß diese Aufgaben und die unter a) bis c) genannten Aufgaben zusammen mit neu hinzukommenden Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung nach einheitlichen Gesichtspunkten wahrgenommen werden.

13. Zu §§ 18, 21:

Die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Landesaufsicht unterstehen, ergeben sich aus der Anlage 3.

, 3

14. Zu §§ 20, 21:

Im Gegensatz zur Anfechtung von Aufsichtsmaßnahmen gegenüber den Gemeinden können Aufsichtsmaßnahmen gegenüber den Körperschaften mit der verwaltungsgerichtlichen Klage erst angefochten werden, wenn ein Widerspruchsverfahren nach den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung stattgefunden hat, es sei denn, daß es sich um die Aufsichtsmaßnahme einer obersten Landesbehörde handelt (§ 68 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 VwGO).

15. Zu § 25:

Die Sonderstellung der Prüfungsämter und Prüfungsausschüsse hat im wesentlichen zur Folge, daß den Vorschriften über die Dienst- und Fachaufsicht (§§ 11 bis 13) Grenzen gesetzt sind, soweit sich dies aus der sachlichen Unabhängigkeit der Prüfer ergibt.

Anlage 1

zu den Verwaltungsvorschriften zum LOG vom 12. Februar 1963

Verzeichnis

der Aufgaben, die Landesmittelbehörden im Bezirk anderer Landesmittelbehörden übertragen worden sind

Landesmittelbehörden sind Aufgaben im Bezirk anderer Landesmittelbehörden auf Grund besonderer Vorschriften in folgenden Fällen übertragen worden:

dem Regierungspräsidenten in Aachen

für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln
Aufsicht über Blinden- und Gehörlosenschulen gem. § 1 der Dritten Verordnung zur Ausführung des Schulverwaltungsgesetzes — Zuständigkeitsverordnung nach § 15 Abs. 5 — (3. AVOzSchVG) vom 19. Juni 1962 (GV. NW. S. 419 / SGV. NW. 223),

Anerkennungsstelle für forstliches Saat- und Pflanzgut im Sinne des § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut vom 12. Juni 1958 (GV. NW. S. 279 / SGV. NW. 790),

dem Regierungspräsidenten in Arnsberg

für das Land Nordrhein-Westfalen
die Durchführung von Prüfungen für die Laufbahnen des gehobenen bautechnischen Dienstes in der Staatshochbauverwaltung,

für die Regierungsbezirke Münster und Detmold

Anerkennungsstelle für forstliches Saat- und Pflanzgut im Sinne des § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut vom 12. Juni 1958 (GV. NW. S. 279 / SGV. NW. 790),

dem Regierungspräsidenten in Detmold

für den Regierungsbezirk Münster
Wahrnehmung der Geschäfte der Staatsforstverwaltung gem. § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit für die Geschäfte der Staatsforstverwaltung im Regierungsbezirk Münster vom 19. Juli 1960 (GV. NW. S. 300 / SGV. NW. 790),

dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf

für das Land Nordrhein-Westfalen
die sich bei der Prüfung und Zulassung von technischen Bühnenvorständen ergebenden Aufgaben gem. §§ 9, 13 Abs. 2, 14, 17 Abs. 1 der Verordnung über technische Bühnenvorstände vom 22. Juni 1960 (GV. NW. S. 195 / SGV. NW. 232),

die technische Aufsicht über Straßenbahnen und Obusunternehmen gem. § 2 der Verordnung über die Zuständigkeit von Behörden nach dem Personbeförderungsgesetz (PBefG) vom 29. Mai 1961 (GV. NW. S. 217 / SGV. NW. 92),

Angelegenheiten des Interzonenhandels nach § 1 der Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung der Interzonenhandelsverordnung (Neufassung) vom 19. Januar 1959 (BAnz. Nr. 13 v. 21. 1. 1959),

für die Regierungsbezirke Aachen und Köln
Angelegenheiten des Luftverkehrs, insbesondere Luftaufsicht gem. § 2 der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Luftfahrt vom 30. Oktober 1961 (GV. NW. S. 291 / SGV. NW. 96),

dem Regierungspräsidenten in Köln

für das Land Nordrhein-Westfalen
die Bearbeitung bestimmter Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz gem. § 2 Buchst. b und § 3 Abs. 2 Buchst. a der Zu-

ständigkeits- und Verfahrensordnung zum Bundesentschädigungsgesetz (ZVO—BEG) vom 6. November 1956 in der Fassung der Zweiten Änderungsverordnung vom 26. März 1960 (GS. NW. S. 510, GV. NW. S. 47 — SGV. NW. 25 —).

Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft sowie Ausweiserteilung für Heimatvertriebene und SBZ-Flüchtlinge, die im Ausland leben, gem. § 1 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Bundesvertriebenengesetzes vom 12. März 1958 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 8. November 1960 (GV. NW. 1958 S. 91, 1960 S. 351 — SGV. NW. 24 —).

Ausstellung von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) in der Fassung vom 25. Juli 1960 (BGBl. I S. 579) für die Antragsteller, die ihren ständigen Aufenthalt im Ausland haben, gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung zur Ausführung des Häftlingshilfegesetzes vom 27. September 1960 (GV. NW. S. 334 / SGV. NW. 24).

für die Regierungsbezirke Aachen und Düsseldorf

Entscheidung über die Anträge auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den höheren landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Dienst und Ernennung zu Landwirtschaftsreferendaren gemäß § 2 der Verordnung über die Ernennung, Entlassung und Zurruhesetzung der Landesbeamten im Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 8. Januar 1960, geändert durch Verordnung vom 11. April 1962 (GV. NW. 1960 S. 7, 1962 S. 210 — SGV. NW. 20300 —).

für den Kölner Braunkohlenbezirk (zugleich auch für die in den Regierungsbezirken Aachen und Düsseldorf gelegenen Bauvorhaben des Braunkohlenbergbaus)

die Bewilligung von Darlehen und Zuschüssen für den Bergarbeiterwohnungsbau im Kohlenbergbau.

dem Regierungspräsidenten in Münster

für die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold

Aufsicht über Blinden- und Gehörlosenschulen gem. § 1 der Dritten Verordnung zur Ausführung des Schulverwaltungsgesetzes — Zuständigkeitsverordnung nach § 15 Abs. 5 — (3. AVOzSchVG) vom 19. Juni 1962 (GV. NW. S. 419 / SGV. NW. 223),

Angelegenheiten des Luftverkehrs, insbesondere Luftaufsicht gem. § 2 der Verordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Luftfahrt vom 30. Oktober 1961 (GV. NW. S. 291 / SGV. NW. 96).

Entscheidung über die Anträge auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst für den höheren landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Dienst und Ernennung zu Landwirtschaftsreferendaren gemäß § 2 der Verordnung über die Ernennung, Entlassung und Zurruhesetzung der Landesbeamten im Geschäftsbereich des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 8. Januar 1960, geändert durch Verordnung vom 11. April 1962 (GV. NW. 1960 S. 7, 1962 S. 210 — SGV. NW. 20300 —).

dem Direktor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragter

für das Bundesgebiet

Zulassung von Importsaatgut aller Art außer Reben gemäß § 11 der Verordnung über die Zulassung von Handels- und Importsaatgut

(Allgemeine Zulassungsverordnung) in der Fassung vom 4. März 1958 (BGBl. I S. 97, 120, 391), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Februar 1962 (BGBl. I S. 66),

für das Land Nordrhein-Westfalen

die Zulassung von Ausnahmen nach § 14 Abs. 2 der Verordnung zur Verhütung der Einschleppung von gefährlichen Krankheitserregern und Schädlingen der Kulturpflanzen (Pflanzenbeschauverordnung) vom 23. August 1957 (BGBl. I S. 1258) gem. § 1 Abs. 2 der Verordnung über zuständige Behörden nach der Pflanzenbeschauverordnung vom 23. September 1959 (GV. NW. S. 145 SGV. NW. 7823),

der Oberfinanzdirektion Düsseldorf

für das Land Nordrhein-Westfalen

die Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge für die früheren Angehörigen der Finanzverwaltung, die früheren Berufssoldaten, berufsmäßigen Wehrmachtsbeamten, -angestellten und -arbeiter, berufsmäßigen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes und der Waffen-SS sowie die früheren Militäranwärter und Anwärter des Reichsarbeitsdienstes mit Ausnahme der nach § 66 G 131 zu versorgenden Personen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 2 der Rechtsverordnung zur Bestimmung der Zuständigkeiten nach Kapitel I des Bundesgesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Zuständigkeitsverordnung G 131) vom 9. Februar 1962 (GV. NW. S. 71 / SGV. NW. 2036).

Anlage 2

zu den Verwaltungsvorschriften
zum LOG vom 12. Februar 1963

Verzeichnis

der Aufgaben, die unteren Landesbehörden im Bezirk anderer unterer Landesbehörden übertragen worden sind

Unteren Landesbehörden sind Aufgaben im Bezirk anderer unterer Landesbehörden auf Grund besonderer Vorschriften in folgenden Fällen übertragen worden:

1 Im Bereich der Versorgungsverwaltung sind zuständig

1.1 das Versorgungsamt Aachen

für die Versorgung der Opfer des Krieges, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den Niederlanden oder in Belgien haben, — § 1 Buchst. b) der Auslandszuständigkeitsverordnung vom 4. November 1955 (BGBl. I S. 726) —,

1.2 die Orthopädische Versorgungsstelle Köln

für die orthopädische Versorgung der Opfer des Krieges, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den Niederlanden oder in Belgien haben, — § 2 der Auslandszuständigkeitsverordnung vom 4. November 1955 (BGBl. I S. 726) —.

2 Die in § 1 Abs. 1 Buchst. a) bis g) der Verordnung zur Ausführung des Heimarbeitsgesetzes vom 18. Juni 1962 (GV. NW. S. 371 / SGV. NW. 804) genannten Aufgaben werden gem. § 1 Abs. 2 aaO. durchgeführt durch

2.1 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Aachen

im Land Nordrhein-Westfalen
für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe,

im Regierungsbezirk Aachen
allgemein;

- 2.2 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Düsseldorf
 im Land Nordrhein-Westfalen
 für die Breitweberei einschließlich der Vorbereitungs-, Ausrüstungs- und Veredelungsarbeiten,
 im Regierungsbezirk Düsseldorf und in den Bezirken der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter Dortmund und Recklinghausen sowie in den Landkreisen Erkelenz und Geilenkirchen-Heinsberg
 für die Herstellung von Herren- und Damenoberbekleidung — einschließlich verwandter Erzeugnisse —,
 in den Bezirken der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter Düsseldorf und Mönchengladbach allgemein;
- 2.3 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hagen
 im Regierungsbezirk Arnsberg und im Bezirk des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Münster allgemein;
- 2.4 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Köln
 in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln
 für die Be- und Verarbeitung einschließlich des Verpackens von Artikeln und Teilen aus Kunststoffen und chemischen Produkten aller Art sowie aus Gummi, Asbest und ähnlichen Naturstoffen,
 im Regierungsbezirk Köln allgemein;
- 2.5 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Krefeld
 in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln
 für die Herstellung von Krawatten, Tüchern und Schals und für die Strickerei, Häklelei und Stickerei,
 in den Regierungsbezirken Aachen und Köln und im Bezirk des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Krefeld
 für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen,
 in den Bezirken der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter Duisburg, Essen, Krefeld, Recklinghausen und Coesfeld allemein;
- 2.6 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Minden
 im Land Nordrhein-Westfalen
 für die Zigarrenindustrie,
 im Regierungsbezirk Detmold allgemein;
- 2.7 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Solingen
 im Land Nordrhein-Westfalen
 für die Schneidwaren- und Besteckindustrie,
 im Regierungsbezirk Düsseldorf
 für die Eisen-, Metall- und Elektroindustrie einschließlich der Feilenhauerindustrie,
 im Bezirk des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Solingen allgemein;
- 2.8 das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Wuppertal
 im Land Nordrhein-Westfalen
 für die Herstellung von Posamenten und Uniformausstattungsgegenständen, für textile Aufmachungsarbeiten und für die Schmalweberei und -flechtereи einschließlich der Vorbereitungs-, Ausrüstungs- und Veredelungsarbeiten,
- im Regierungsbezirk Düsseldorf ohne den Bezirk des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Krefeld sowie in den Bezirken der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter Dortmund und Recklinghausen
 für die Herstellung von Wäsche und verwandten Erzeugnissen,
 im Bezirk des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Wuppertal allgemein.
- 3 Die Beratung der Bergbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes in den der Bergaufsicht unterstehenden Betrieben (vgl. Gem. RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, des Arbeits- und Sozialministers und des Innenministers vom 6. 2. 1962 — MBl. NW. S. 681 / SMBI. NW. 750) ist übertragen:
- 3.1 dem Staatlichen Gewerbeamt Düsseldorf für den Bezirk des Oberbergamts Bonn,
- 3.2 dem Staatlichen Gewerbeamt Bochum für den Bezirk des Oberbergamts Dortmund.
- 4 Im Bereich der **Oberfinanzdirektion Düsseldorf** nehmen die Finanzämter (FÄ) und Finanzbauämter (FBA) die nachstehend genannten Aufgaben, insbesondere gemäß § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 1961 (BGBl. I S. 981, 998), auch für die Bezirke anderer FÄ bzw. FBA wahr. (In Klammern sind jeweils diejenigen Ämter genannt, auf die einzelne Aufgaben des betreffenden Amtes übertragen worden sind.)
- 4.1 Finanzamt **Dinslaken** — keine (vgl. FÄ Duisburg-Süd, Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord)
- 4.2 Finanzamt **Dülken** — keine (vgl. FÄ Düsseldorf-Nord, Krefeld, Mönchengladbach)
- 4.3 Finanzamt **Düsseldorf-Altstadt** (vgl. FÄ Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Mettmann)
 Für die Bezirke der FÄ Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Neuß:
 Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungssteuer, Feuerschutzsteuer, Erbschaftsteuer,
 für die Bezirke der FÄ Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd:
 Rennwett- und Lotteriesteuer, Grund- erwerbsteuer,
 für die Bezirke der FÄ Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Lennep, Opladen, Remscheid, Solingen-Ost, Solingen-West, Wuppertal-Barmen, Wuppertal-Elberfeld:
 Beförderungsteuer
- 4.4 Finanzamt **Düsseldorf-Mettmann** in Düsseldorf (vgl. FÄ Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord)
 Für die Bezirke der FÄ Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Opladen, Grevenbroich (Niederrhein), Neuß:
 Steuerstrafsachen
- 4.5 Finanzamt **Düsseldorf-Nord** (vgl. FÄ Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Mettmann)
 Für die Bezirke der FÄ Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Süd:
 Kraftfahrzeugsteuer,

	für den Oberfinanzbezirk Düsseldorf: Steuerabzug von beschränkt steuerpflichtigen Einnahmen aus gewerblichen und sonstigen Urheberrechten.	4.12 Finanzamt Essen-Süd — keine (vgl. FA Essen-Ost, Essen-Nord, Duisburg-Süd, Düsseldorf-Nord)
4.6 Finanzamt Düsseldorf-Süd	(vgl. FA Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Mettmann) Zentrale Veranlagung der Deutschen Bundespost zur Vermögensabgabe.	4.13 Finanzamt Geldern — keine (vgl. FA Krefeld, Düsseldorf-Nord)
4.7 Finanzamt Duisburg-Hamborn	— keine (vgl. FA Duisburg-Süd, Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord)	4.14 Finanzamt Grevenbroich — keine (vgl. FA Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord)
4.8 Finanzamt Duisburg-Nord	(vgl. FA Duisburg-Süd, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Dinslaken, Duisburg-Hamborn, Duisburg-Süd, Oberhausen-Nord, Oberhausen-Süd, Wesel: Erbschaftsteuer	4.15 Finanzamt Kempen (Niederrhein) — keine (vgl. FA Krefeld, Düsseldorf-Nord)
4.9 Finanzamt Duisburg-Süd	(vgl. FA Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Dinslaken (Niederrhein), Duisburg-Hamborn, Duisburg-Nord, Oberhausen-Nord, Oberhausen-Süd, Wesel: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, für die Bezirke der FA Duisburg-Hamborn, Duisburg-Nord: Rennwett- und Lotteriesteuer, Grund-erwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, für die Bezirke der FA Dinslaken (Niederrhein), Duisburg-Hamborn, Duisburg-Nord, Essen-Nord, Essen-Ost, Essen-Süd, Mülheim (Ruhr), Oberhausen-Nord, Oberhausen-Süd, Wesel: Beförderungsteuer, für die Bezirke der FA Dinslaken (Niederrhein), Duisburg-Hamborn, Duisburg-Nord, Oberhausen-Nord, Oberhausen-Süd, Wesel: Steuerstrafsachen	4.16 Finanzamt Kleve — keine (vgl. FA Krefeld, Düsseldorf-Nord)
4.10 Finanzamt Essen-Nord	(vgl. FA Essen-Ost, Duisburg-Süd, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Essen-Ost, Essen-Süd, Mülheim (Ruhr): Erbschaftsteuer	4.17 Finanzamt Krefeld (vgl. FA Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Dülken, Geldern, Grevenbroich (Niederrhein), Kempen (Niederrhein), Kleve, Mönchengladbach, Moers, Rheydt: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Beförderungsteuer, für den Bezirk des FA Neuß: Beförderungsteuer, für die Bezirke der FA Geldern, Kempen (Niederrhein), Kleve, Moers: Erbschaftsteuer, für die Bezirke der FA Dülken, Geldern, Kempen (Niederrhein), Kleve, Mönchengladbach, Moers, Rheydt: Steuerstrafsachen
4.11 Finanzamt Essen-Ost	(vgl. FA Essen-Nord, Duisburg-Süd, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Essen-Nord, Essen-Süd, Mülheim (Ruhr): Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, für die Bezirke der FA Essen-Nord, Essen-Süd: Rennwett- und Lotteriesteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, für den Bezirk des FA Mülheim (Ruhr): Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, für die Bezirke der FA Essen-Nord, Essen-Süd, Mülheim (Ruhr): Steuerstrafsachen	4.18 Finanzamt Lennep — Remscheid — keine (vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Wuppertal-Barmen, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord)
		4.19 Finanzamt Mönchengladbach (vgl. FA Krefeld, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Dülken, Grevenbroich (Niederrhein), Rheydt: Erbschaftsteuer
		4.20 Finanzamt Moers — keine (vgl. FA Krefeld, Düsseldorf-Nord)
		4.21 Finanzamt Mülheim (Ruhr) — keine (vgl. FA Essen-Ost, Essen-Nord, Duisburg-Süd, Düsseldorf-Nord)
		4.22 Finanzamt Neuß — keine (vgl. FA Düsseldorf-Altstadt, Krefeld, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord)
		4.23 Finanzamt Oberhausen-Nord — keine (vgl. FA Duisburg-Süd, Oberhausen-Süd, Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord)
		4.24 Finanzamt Oberhausen-Süd (vgl. FA Duisburg-Süd, Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord) Für den Bezirk des FA Oberhausen-Nord: Rennwett- und Lotteriesteuer, Grund-erwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer
		4.25 Finanzamt Opladen — keine (vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Solingen-West, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord)
		4.26 Finanzamt Remscheid — keine (vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Solingen-West, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord)

4.27 Finanzamt Rheydt	— keine (vgl. FA Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf-Nord)	5	Im Bereich der Oberfinanzdirektion Köln nehmen die Finanzämter (FA) und Finanzbauämter (FBA) die nachstehend genannten Aufgaben, insbesondere gemäß § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 1961 (BGBl. I S. 981, 998), auch für die Bezirke anderer FA bzw. FBA wahr. (In Klammern sind jeweils diejenigen Ämter genannt, auf die einzelne Aufgaben des betreffenden Amtes übertragen worden sind.)
4.28 Finanzamt Solingen-Ost	(vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Solingen-West, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord) Für den Bezirk des FA Solingen-West: Rennwett- und Lotteriesteuer, Grund-erwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer	5.1	Finanzamt Aachen-Stadt Für die Bezirke der FA Aachen-Land und Monschau, Düren, Erkelenz, Geilenkirchen, Gemünd, Jülich: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Erbschaftsteuer, Beförderungssteuer, Steuerstrafsachen,
4.29 Finanzamt Solingen-West	(vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Solingen-Ost, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Opladen, Remscheid, Solingen-Ost: Erbschaftsteuer		für den Bezirk des FA Aachen-Land und Monschau: Grunderwerbsteuer, für den Bezirk des FA Aachen-Land und Monschau (ausschließlich Landkreis Monschau): Kraftfahrzeugsteuer
4.30 Finanzamt Wesel	— keine (vgl. FA Duisburg-Süd, Duisburg-Nord, Düsseldorf-Nord)	5.2	Finanzamt Aachen-Land und Monschau — keine — in Aachen — (vgl. FA Aachen-Stadt)
4.31 Finanzamt Wuppertal-Barmen	(vgl. FA Wuppertal-Elberfeld, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Lennep und Wuppertal-Elberfeld: Erbschaftsteuer	5.3	Finanzamt Bergheim an der Erft — keine (vgl. FA Köln-Körperschaften)
4.32 Finanzamt Wuppertal-Elberfeld	(vgl. FA Wuppertal-Barmen, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord) Für die Bezirke der FA Lennep, Opladen, Remscheid, Solingen-Ost, Solingen-West, Wuppertal-Barmen: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, für den Bezirk des FA Wuppertal-Bar-men: Rennwett- und Lotteriesteuer, Grund-erwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, für die Bezirke der FA Lennep, Remscheid, Solingen-Ost, Solingen-West, Wuppertal-Barmen: Steuerstrafsachen	5.4	Finanzamt Bergisch-Gladbach — keine (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Altstadt)
4.33 Finanzbauamt Düsseldorf	(vgl. FBA Wesel) Für die Bezirke der FBA Krefeld, Mönchengladbach: Bauangelegenheiten des zivilen Be-völkerungsschutzes	5.5	Finanzamt Bonn-Stadt (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Altstadt) Für den Bezirk des FA Bonn-Land: Körperschaftsteuer einschließlich des durch die Körperschaften vorzunehmenden Steuerabzugs vom Arbeitslohn, vom Kapitalertrag und von Auf-sichtsratsvergütungen, Grunderwerb-steuer, Kraftfahrzeugsteuer, Hypothe-kengewinnabgabe und Verkauf von Börsenumsatzsteuermarken,
4.34 Finanzbauamt Essen	(vgl. FBA Wesel) Für den Bezirk des FBA Wesel: Bauangelegenheiten des zivilen Be-völkerungsschutzes	5.6	Finanzamt Bonn-Land in Bonn — keine (vgl. FA Köln-Körperschaften, Bonn-Stadt, Köln-Altstadt)
4.35 Finanzbauamt Krefeld	(vgl. FBA Wesel, Düsseldorf) Für den Bezirk des FBA Mönchengladbach: Bauaufgaben für die Stationierungs-streitkräfte im Raum Willich	5.7	Finanzamt Düren — keine (vgl. FA Aachen-Stadt)
4.36 Finanzbauamt Mönchengladbach	— keine (vgl. FBA Wesel, Krefeld, Düsseldorf)	5.8	Finanzamt Erkelenz — keine (vgl. FA Aachen-Stadt)
4.37 Finanzbauamt Wesel	(vgl. FBA Essen) Für den Bereich der Oberfinanzdirektion Düsseldorf: Luftwaffenbauaufgaben	5.9	Finanzamt Euskirchen — keine (vgl. FA Köln-Körperschaften, Bonn-Stadt)
		5.10	Finanzamt Geilenkirchen — keine (vgl. FA Aachen-Stadt)
		5.11	Finanzamt Gemünd (Eifel) — keine (vgl. FA Aachen-Stadt)
		5.12	Finanzamt Gummersbach — keine (vgl. FA Köln-Körperschaften, Bonn-Stadt)

5.13 Finanzamt Jülich (vgl. FA Aachen-Stadt)	— keine	5.22 Finanzbauamt Aachen (vgl. FBA Erkelenz, Köln-Ost) Für den Bezirk des FBA Erkelenz: Bauangelegenheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes
5.14 Finanzamt Köln-Altstadt (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Süd) Für die Bezirke der FA Bonn-Stadt, Bonn-Land, Köln-Land, Köln-Nord, Köln-Süd: Wertermittlung der Bahngrundstücke der Köln-Bonner Eisenbahnen für Zwecke der Einheitswertfeststellung, für die Bezirke der FA Bergisch Gladbach, Köln-Land, Köln-Nord, Köln-Ost, Köln-Süd: Wertermittlung der Bahngrundstücke der Kölner Verkehrs-Betriebe für Zwecke der Einheitswertfeststellung, für die Bezirke der FA Köln-Nord, Köln-Ost, Köln-Süd: Wertermittlung der Hafengrundstücke für Zwecke der Einheitswertfeststellung		5.23 Finanzbauamt Bonn (vgl. FBA Köln-Ost) — keine
5.15 Finanzamt Köln-Körperschaften Für die Bezirke der FA in Köln: Körperschaftsteuer einschließlich des durch die Körperschaften vorzunehmenden Steuerabzugs vom Arbeitslohn, vom Kapitalertrag und von Aufsichtsratsvergütungen, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, für die Bezirke der FA Bergheim an der Erft, Bergisch Gladbach, Bonn-Stadt, Bonn-Land, Euskirchen, Gummersbach, Köln-Altstadt, Köln-Land, Köln-Nord, Köln-Ost, Köln-Süd, Siegburg, Wipperfürth: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Erbschaftsteuer, Beförderungsteuer, für die Bezirke der FA Bergheim an der Erft, Bergisch Gladbach, Köln-Altstadt, Köln-Land, Köln-Nord, Köln-Ost, Köln-Süd: Steuerstrafsachen		5.24 Finanzbauamt Erkelenz (vgl. FBA Aachen, Köln-Ost) Für den Bezirk des FBA Aachen: Luftwaffenbauaufgaben
5.16 Finanzamt Köln-Land in Köln (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Altstadt)	— keine	5.25 Finanzbauamt Köln-Ost (vgl. FBA Köln-West) Für den Bezirk der FBA Bonn, Köln-West: Luftwaffenbauaufgaben, für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen: Bau der Pipeline-Anlagen
5.17 Finanzamt Köln-Nord (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Süd, Köln-Altstadt)	— keine	5.26 Finanzbauamt Köln-West (vgl. FBA Köln-Ost) Für den Bezirk des FBA Köln-Ost: Bauangelegenheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes
5.18 Finanzamt Köln-Ost in Köln-Deutz (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Süd, Köln-Altstadt)	— keine	6. Im Bereich der Oberfinanzdirektion Münster nehmen die Finanzämter (FA) und Finanzbauämter (FBA) die nachstehend genannten Aufgaben, insbesondere gemäß § 21 Abs. 2 des Gesetzes über die Finanzverwaltung vom 6. September 1950 (BGBl. S. 448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 1961 (BGBl. I S. 981, 998), auch für die Bezirke anderer FA bzw. FBA wahr. (In Klammern sind jeweils diejenigen Ämter genannt, auf die einzelne Aufgaben des betreffenden Amtes übertragen worden sind.)
5.19 Finanzamt Köln-Süd (vgl. FA Köln-Körperschaften, Köln-Altstadt)		6.1 Finanzamt Ahaus (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt) — keine
		6.2 Finanzamt Altena (vgl. FA Hagen, Arnsberg) — keine
		6.3 Finanzamt Arnsberg (vgl. FA Hagen) Für die Bezirke der FA Altena (Westfalen), Brilon, Hagen, Iserlohn, Lippstadt, Lüdenscheid, Meschede, Olpe, Siegen, Soest: Erbschaftsteuer
		6.4 Finanzamt Beckum (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt) — keine
		6.5 Finanzamt Bielefeld (vgl. FA Detmold) Für die Bezirke der FA Bünde (Westfalen), Detmold, Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke (Westfalen), Minden (Westfalen), Paderborn, Warburg (Westfalen), Wiedenbrück: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Beförderungsteuer, für die Bezirke der FA Bünde (Westfalen), Detmold, Herford, Lemgo, Lübbecke (Westfalen), Minden (Westfalen), Wiedenbrück: Steuerstrafsachen
5.20 Finanzamt Siegburg (vgl. FA Köln-Körperschaften, Bonn-Stadt)	— keine	6.6 Finanzamt Bochum (vgl. FA Dortmund-Süd) Für die Bezirke der FA Bottrop, Dortmund-Außenstadt, Dortmund-Hörde,
5.21 Finanzamt Wipperfürth (vgl. FA Köln-Körperschaften, Bonn-Stadt)	— keine	

	Dortmund-Nord, Dortmund-Süd, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck (Westfalen), Hamm (Westfalen), Hattingen (Ruhr), Herne, Recklinghausen, Schwelm, Wanne-Eickel, Witten: Erbshaftsteuer, für die Bezirke der FA Bottrop, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck (Westfalen), Hattingen (Ruhr), Herne, Recklinghausen, Wanne-Eickel, Witten: Steuerstrafsachen	6.18 Finanzamt Gelsenkirchen-Nord — keine — in Gelsenkirchen-Buer — (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum, Gelsenkirchen-Süd)
6.7 Finanzamt Borken	— keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)	6.19 Finanzamt Gelsenkirchen-Süd (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum) Für den Bezirk des FA Gelsenkirchen-Nord: Grunderwerbsteuer
6.8 Finanzamt Bottrop	— keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)	6.20 Finanzamt Gladbeck — keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)
6.9 Finanzamt Brilon	— keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen), Paderborn)	6.21 Finanzamt Hagen [vgl. FA Arnsberg (Westfalen)] Für die Bezirke der FA Altena (Westfalen), Arnsberg (Westfalen), Brilon, Iserlohn, Lüdenscheid, Meschede, Olpe, Schwelm, Siegen, Witten: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Beförderungsteuer,
6.10 Finanzamt Bünde	— keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold)	— für die Bezirke der FA Altena (Westfalen), Arnsberg (Westfalen), Iserlohn, Lüdenscheid, Meschede, Olpe, Schwelm, Siegen: Steuerstrafsachen
6.11 Finanzamt Burgsteinfurt	— keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)	6.22 Finanzamt Hamm — keine (vgl. FA Münster-Land, Bochum, Dortmund-Süd)
6.12 Finanzamt Coesfeld	— keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)	6.23 Finanzamt Hattingen (Ruhr) — keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)
6.13 Finanzamt Detmold	(vgl. FA Bielefeld) Für die Bezirke der FA Bielefeld, Bünde (Westfalen), Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke (Westfalen), Minden (Westfalen), Paderborn, Warburg (Westfalen): Erbshaftsteuer, Festsetzung und Erhebung der Gewerbe- steuer und der Grundsteuer mit Ausnahme der Städte Detmold, Lage und Schwabenberg sowie der Gemeinden Ehrentrup, Hagen, Hardissen, Oesterholz, Ohrsen, Pottenhausen, Schlangen und Wissentrup	6.24 Finanzamt Herford — keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold)
6.14 Finanzamt Dortmund-Außenvstadt in Dortmund	— keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)	6.25 Finanzamt Herne — keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)
6.15 Finanzamt Dortmund-Hörde	— keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)	6.26 Finanzamt Höxter — keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold, Paderborn)
6.16 Finanzamt Dortmund-Nord	— keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)	6.27 Finanzamt Ibbenbüren — keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)
6.17 Finanzamt Dortmund-Süd	(vgl. FA Bochum) Für die Bezirke der FA Bochum, Bottrop, Dortmund-Außenvstadt, Dortmund-Hörde, Dortmund-Nord, Gelsenkirchen-Nord, Gelsenkirchen-Süd, Gladbeck (Westfalen), Hattingen (Ruhr), Herne, Wanne-Eickel: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Beförderungsteuer, für die Bezirke der FA Dortmund-Außenvstadt, Dortmund-Hörde, Dortmund-Nord: Grunderwerbsteuer, für die Bezirke der FA Dortmund-Außenvstadt, Dortmund-Nord: Kraftfahrzeugsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, für die Bezirke der FA Dortmund-Außenvstadt, Dortmund-Hörde, Dortmund-Nord, Hamm (Westfalen): Steuerstrafsachen	6.28 Finanzamt Iserlohn — keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen))
		6.29 Finanzamt Lemgo (vgl. FA Bielefeld, Detmold) Festsetzung und Erhebung der Gewerbe- steuer und der Grundsteuer mit Ausnahme der Städte Barntrup und Lemgo
		6.30 Finanzamt Lippstadt — keine (vgl. FA Münster-Land, Arnsberg (Westfalen), Paderborn)
		6.31 Finanzamt Lübbecke — keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold)
		6.32 Finanzamt Lüdenscheid — keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen))
		6.33 Finanzamt Lüdinghausen — keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)
		6.34 Finanzamt Meschede — keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen))
		6.35 Finanzamt Minden — keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold)

6.36 Finanzamt Münster-Land — in Münster — (vgl. FA Münster-Stadt)	6.51 Finanzbauamt Iserlohn (vgl. FBA Paderborn)
Für die Bezirke der FA Ahaus, Beckum (Bezirk Münster), Borken (Westfalen), Burgsteinfurt, Coesfeld (Westfalen), Hamm (Westfalen), Ibbenbüren, Lippstadt, Lüdinghausen, Münster-Stadt, Recklinghausen, Soest, Warendorf: Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wertpapiersteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer, Beförderungsteuer.	Für den Bezirk des FBA Soest: Bauangelegenheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes
für den Bezirk des FA Münster-Stadt: Rennwett- und Lotteriesteuer, Kraftfahrzeugsteuer	6.52 Finanzbauamt Münster-Ost (vgl. FBA Münster-West)
6.37 Finanzamt Münster-Stadt (vgl. FA Münster-Land)	Für den Bezirk des FBA Münster-West: Bauangelegenheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes
Für die Bezirke der FA Ahaus, Beckum (Bezirk Münster), Borken (Westfalen), Burgsteinfurt, Coesfeld (Westfalen), Ibbenbüren, Lüdinghausen, Münster-Land, Warendorf, Wiedenbrück: Erbschaftsteuer, für die Bezirke der FA Ahaus, Beckum (Bezirk Münster), Borken (Westfalen), Burgsteinfurt, Coesfeld (Westfalen), Ibbenbüren, Lüdinghausen, Münster-Land, Warendorf: Steuerstrafsachen	6.53 Finanzbauamt Münster-West — in Münster — (vgl. FBA Münster-Ost)
6.38 Finanzamt Olpe — keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen))	Für den Regierungsbezirk Münster: Luftwaffenbauaufgaben
6.39 Finanzamt Paderborn (vgl. FA Bielefeld, Detmold)	6.54 Finanzbauamt Paderborn (vgl. FBA Bielefeld)
Für die Bezirke der FA Brilon, Höxter, Lippstadt, Soest, Warburg (Westfalen): Steuerstrafsachen	Für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold: Luftwaffenbauaufgaben
6.40 Finanzamt Recklinghausen — keine (vgl. FA Münster-Land, Bochum)	6.55 Finanzbauamt Soest — keine (vgl. FBA Iserlohn, Paderborn)
6.41 Finanzamt Schwelm — keine (vgl. FA Hagen, Bochum)	
6.42 Finanzamt Siegen — keine (vgl. FA Hagen, Arnsberg (Westfalen))	Anlage 3 zu den Verwaltungsvorschriften zum LOG vom 12. Februar 1963
6.43 Finanzamt Soest — keine (vgl. FA Münster-Land, Arnsberg (Westfalen), Paderborn)	Übersicht über die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen unterstehen ¹⁾ ²⁾
6.44 Finanzamt Wanne-Eickel — keine (vgl. FA Dortmund-Süd, Bochum)	Kammern: Ärztekammern, Zahnärztekammern, Apothekerkammern, Tierärztekammern, Rechtsanwaltskammern, Notarkammern, Industrie- und Handelskammern, Landeskammer Nordrhein-Westfalen für das wirtschaftliche Prüfungs- und Treuhandwesen, Düsseldorf, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, Steuerberaterkammern, Kammern der Steuerbevollmächtigten.
6.45 Finanzamt Warburg — keine (vgl. FA Bielefeld, Detmold, Paderborn)	Landesunmittelbare Sozialversicherungsträger und deren Verbände: Allgemeine Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, Innungskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, soweit sie nicht nach Art. 87 Abs. 2 GG bundesunmittelbar sind, Brühler Kranken- und Sterbekasse (Ersatzkasse) Solingen, Aachener Knappschaft in Aachen, Niederrheinische Knappschaft in Moers, Landesversicherungsanstalten, Gemeindeunfallversicherungsverbände,
6.46 Finanzamt Warendorf — keine (vgl. FA Münster-Land, Münster-Stadt)	
6.47 Finanzamt Wiedenbrück — keine (vgl. FA Bielefeld, Münster-Stadt)	
6.48 Finanzamt Witten — keine (vgl. FA Hagen, Bochum)	
6.49 Finanzbauamt Bielefeld (vgl. FBA Paderborn)	
Für den Bezirk des FBA Paderborn: Bauangelegenheiten des zivilen Bevölkerungsschutzes	
6.50 Finanzbauamt Dortmund — keine (vgl. FBA Münster-West, Paderborn)	

¹⁾ mit Ausnahme der Gemeinden und Gemeindeverbände, zu denen auch die Landschaftsverbände und die Zweckverbände (§ 5 Abs. 2 GG vom 26. April 1961 — GV, NW, S. 190 / SGV, NW, 202 —) gehören, sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

²⁾ Körperschaften, die in gleicher Art für beide Landesteile Nordrhein und Westfalen bestehen oder sonst mehrfach vorkommen (wie z. B. Sparkassen), sind jeweils nur unter einer Sammelbezeichnung aufgeführt.

Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Münster³⁾,
 Lippische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Detmold³⁾,
 Feuerwehrunfallversicherungskassen,
 Verband der Ortskrankenkassen Rheinland, Düsseldorf,
 Landesverband der Ortskrankenkassen Westfalen-Lippe, Dortmund,
 Landesverband der Landkrankenkassen Nordrhein und Rheinland-Pfalz in Köln,
 Verband der Landkrankenkassen für Westfalen-Lippe, Münster,
 Landesverband der Innungskrankenkassen Nordrhein und Rheinland-Pfalz in Köln,
 Landesverband der Innungskrankenkassen Westfalen-Lippe in Münster,
 Landesverband der Betriebskrankenkassen Nordrhein-Westfalen in Essen,
 Kassenverbände nach § 406 RVO.

Offentlich-rechtliche Versicherungsanstalten und deren Verbände:

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf,
 Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf,
 Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen in Münster,
 Westfälische Provinzial-Feuersozietät in Münster,
 Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt in Detmold,
 Schlesische Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt i. L. in Warburg,
 Lebensversicherungsanstalt Westpreußen i. L. in Warburg,
 Offentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt Ostpreußen (Ladol) i. L. in Warburg.
 Posensche Lebensversicherungsanstalt i. L. in Warburg,
 Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland in Düsseldorf,
 Verband öffentlicher Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalten in Deutschland in Düsseldorf.

Offentlich-rechtliche Sparkassen und deren Verbände:

Stadt- und Kreissparkassen,
 Amts- und Gemeindesparkassen,
 Verband- und Zweckverbandssparkassen,
 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf,
 Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband, Münster.

Offentlich-rechtliche Bank- und Kreditinstitute:

Landesbank für Westfalen (Girozentrale), Münster,
 Rheinische Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf,

³⁾ dagegen nicht die Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Düsseldorf, als bundesunmittelbare K. d. ö. R. gemäß Art. 87 Abs. 2 GG.

Westfälische Landschaft in Münster,
 Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Wasser- und Bodenverbände:

z. B. sondergesetzliche Verbände (Emschergenossenschaft, Lippeverband, Ruhrverband, Ruhrtalsperrenverein, Links-rheinische Entwässerungsgenossenschaft, Großer Erftverband), sonstige Gewässerunterhaltungs-, Abwasserreinigungs-, Abwasserverwertungs-, Wasserbeschaffungs-, Bewässerungs-, Entwässerungs- und Deichverbände.

Sonstige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts:

Landesplanungsgemeinschaften,
 Westdeutscher Rundfunk, Köln,
 Landesverband Lippe in Detmold,
 Gemeinschaftskasse zur Sicherung der Rekultivierung im Rheinischen Braunkohlenbezirk in Köln,
 Textil-Ingenieurschule in Mönchengladbach,
 Staatliche Hochschule für Musik in Köln,
 Westfälische landwirtschaftliche Familienausgleichskasse in Münster⁴⁾,
 Lippische landwirtschaftliche Familienausgleichskasse in Detmold⁴⁾,
 Kassenärztliche Vereinigungen,
 Kassenzahnärztliche Vereinigungen,
 Rheinische Versorgungskassen für die Gemeinden und Gemeindeverbände, Düsseldorf,
 Westfälisch-lippische Versorgungskassen für die Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster,
 Forstverbände nach Bundesrecht,
 Jahnschaften,
 Haubergsgenossenschaften,
 Jagdgenossenschaften,
 Teilnehmergemeinschaften nach dem Flurbereinigungsgesetz,
 Westfälische landwirtschaftliche Alterskasse in Münster,
 Lippische landwirtschaftliche Alterskasse in Detmold.

Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Kaiser-Karls-Gymnasium in Aachen,
 Stift. Altsprachliches Gymnasium in Düren,
 Staatlich-Städtisches Gymnasium in Bielefeld,
 Stift Cappel bei Lippstadt,
 Stift St. Martin in Lemgo,
 Vereinigte Stifte Geseke-Keppel, Damenstift Lippstadt.

⁴⁾ dagegen nicht die Rheinische landwirtschaftliche Familienausgleichskasse, Düsseldorf, als bundesunmittelbare K. d. ö. R. gemäß § 16 des Kindergeldgesetzes vom 13. November 1954 (BGBl. I S. 333) in Verbindung mit Art. 87 Abs. 2 GG.

Hinweis**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 11 v. 28. 2. 1963**

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
7111	18. 2. 1963	Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Munition militärischer Herkunft oder durch andere explosionsgefährliche Gegenstände im Schrott (Schrottverordnung)	115
7831	6. 2. 1963	Viehseuchenverordnung zum Schutze gegen die Brucellose der Schafe und Ziegen	113
7842	18. 2. 1963	Vierte Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung über Ausgleichsabgaben in der Milchwirtschaft	115

— MBl. NW. 1963 S. 268.

Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,25 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 9.— DM, Ausgabe B 10,20 DM.